

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: **Waldfriden Dresden**
Herausgeber: **Gemeinnutz**
Kassier: **Max für Nachrichten**

Bezugs-Gebühr vom 1. d. M. 1928 bei abgelaufener Aufstellung drei Monate 1,70 Mark.
Wochenpreis für Kassa 1,40 Mark ohne Postgebühren.
Wochenpreis für Kassa 1,40 Mark ohne Postgebühren.
Wochenpreis für Kassa 1,40 Mark ohne Postgebühren.

Schreibweise und Hauptgeschäftsstelle:
Maximilianstr. 36/42
Zust. und Betrag von Leipzig & Weidau: 2 Ziffern
Postfach-Nr. 1068 Dresden

Wachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig — Unverlangte Schreibstücke werden nicht aufbewahrt.

Reichs- und Staatsminister a. D. Dr. Heinze †.

Weitere Besserung im Befinden Dr. Stresemanns — Neuer Konflikt zwischen den Nanjing-Generälen

Ein schwerer Verlust für das Vaterland.

Am Vorabend des Himmelfahrtstages ist in seiner Wohnung in Dresden-Weißer Hirsch, mitten aus angestrengter Wahlkampfarbeit heraus, der Vorsitzende des Wahlkreisverbandes Ostsachsen der DVP., Reichs- und Staatsminister a. D. Dr. Heinze, an Herzschlag verstorben.

Nam das die dunkle Sorgenwolke, die sich aus Anlaß der Erkrankung Dr. Stresemanns über unser Volk gelagert hatte, durch die Meldung von der in seinem Befinden eingetretenen Besserung verweht worden ist, so geht schon eine neue inhaltsschwere Kunde ins Land, die diesmal nicht bloß Sorge, sondern Trauer in ihrem Gefolge hat. Dr. Heinze, der mit so vielen Tugenden und der sächsischen Heimat verbunden war, ist plötzlich vom Tode ereilt worden, der den erst zweiundsechzigjährigen viel zu früh seiner öffentlichen Wirklichkeit entrissen hat. Nicht bloß in Sachsen, sondern im ganzen deutschen Vaterlande hat der Name Dr. Heinzes einen guten Klang gehabt, da sein Träger eine Persönlichkeit von vollendeter Vornehmheit der Gesinnung war, verbunden mit einem umfassenden Wissen und Können als Jurist, Staatsmann und Politiker. In seiner juristischen Laufbahn stieg Dr. Heinze bis zum Mitgliede des Reichsgerichts empor, und von da führte ihn die Entwicklung der Ereignisse im Frühjahr 1918 in das sächsische Justizministerium. Nach der Revolution verband er sich mit Dr. Stresemann in dem gemeinsamen Streben, für die alte National-liberale Partei einen zeitgemäßen Ersatz zu schaffen.

So wurde er zum Mitbegründer der Deutschen Volkspartei, als deren Spitzenkandidat er jetzt wieder auf der Liste für den Wahlkreis Ostsachsen stand. Dr. Heinze war aber niemals ein auf bestimmte Dogmen und Formeln eingeschworener Parteilmann im engeren Sinne, sondern sein durch und durch von lauterer Vaterlandsliebe beherrschtes Wesen erblickte das höchste nationale Ziel in der Zusammenfassung aller der Kräfte und Kreise, die einer staatserbaltenden und staatsaufbauenden Anschauung huldigen und den Grundsatz vertreten, daß das Vaterland unbedingt über die Partei steht und daß daher jeder parteipolitische Egoismus völlig in den Hintergrund geschoben werden muß, wenn es sich um das überparteiliche Zusammenwirken zum Wohle der gesamten Nation handelt. In solchem Sinne und Geiste war Dr. Heinze allezeit ein mit Zungen redender Apostel für die Gemeinschaftsarbeit aller Elemente, die vorurteilsfrei und uneigennützig am Wiederaufbau des Reiches mitzuhelfen und dafür ihr Bestes einzusetzen bereit sind. Die Verbindlichkeit seines persönlichen Sichgebens erwarb Dr. Heinze auch in gegnerischen politischen Kreisen zahlreiche Sympathien und befähigte ihn in besonderem Maße zu Vermittlungsarbeiten zwischen rechts und links. Niemals aber gab er der Feindschaft gegenüber irgend etwas Grundförmliches preis. Dr. Heinze mußte ganz genau die Grenze zu ziehen, an der ein eines unveräußerlichen Prinzips willen jedes Kompromiß aufhören muß. Seine gesamten Anschauungen und Neigungen waren so ausgesprochen besonnen und gemäßigt und sein politischer Standpunkt entsprach immer so sehr den Forderungen einer wohlhabenden Staatsweisheit, daß sein Platz naturgemäß nur auf dem rechten Flügel seiner Partei sein konnte. Seine hohe juristische Begabung vermochte er zweimal in der nachnovemberlichen Zeit in den Diensten des Reiches als Justizminister zu stellen, und es rief allgemeines lebhaftes Bedauern hervor, daß die politischen Verhältnisse es ihm nicht ermöglichten, dauernd an der Spitze des Reichsjustizministeriums zu verbleiben. Wie weit der Ruf Dr. Heinzes als juristischer Sachmann auch über die deutschen Grenzen hinaus verbreitet war, beweist die Tatsache, daß er vor seiner Uebernahme des sächsischen Justizministeriums eine Berufung nach Stambul erhielt, um dort die türkische Justiz zu reformieren; eine Aufgabe, die er mit glänzendem Erfolge durchführte.

Im den sächsischen Staat erwarb sich Dr. Heinze das besondere Verdienst, daß er als von der Reichsgewalt berufener Staatskommissar Zeigener seines Amtes entsetzte und eine Neuwahl der Regierung in die Wege leitete. Gerade in dieser von den wildesten Leidenschaften durchwühlten Zeit war Dr. Heinze für eine solche Aufgabe der rechte Mann am rechten Orte. Es ist ein schwerer Schlag für das ganze politische Leben Deutschlands, daß ein so ausgezeichneter Geist, eine so hochverdiente nationale Kraft, ein so reichbegabter Staatsmann und Politiker so früh dahingerafft werden mußte. Sein Wirken war in hohem Maße geeignet für das große Vaterland sowohl wie für unsere engere sächsische Heimat. Möge sein Vorbild die Aufstrebenden der jungen Generation anfeuern, es ihm gleichgütig an Tüchtigkeit, Lauterkeit der Gesinnung überparteilichem nationalem Streben!

Dr. Rudolf Heinze war am 22. Juli 1865 in Oldenburg geboren. Sein Vater war der 1909 verstorbene bekannte Philosophenprofessor Max Heinze an der Universität Leipzig. Rudolf Heinze besuchte die Leipziger Nikolaischule und studierte in den Jahren 1888 bis 1897 Rechtswissenschaft

an den Universitäten Tübingen, Heidelberg, Berlin und Leipzig. Im folgenden Jahre genügte er seiner Militärdienstpflicht beim Infanterie-Regiment 107. Dr. Heinze trat dann in den sächsischen Justizdienst, wo er dank seiner vorzüglichen Befähigung als Jurist rasch befördert wurde. 1896 wurde er Amtsrichter, 1901 Landrichter und 1906 Landgerichtsdirektor in Dresden. 1912 wurde er zum Hilfsarbeiter bei der Reichsanwaltschaft und 1914 zum Reichsgerichtsrat ernannt. Seit seiner Dresdner Zeit betätigte sich Dr. Heinze im öffentlichen Leben. Er war vorübergehend Mitglied des Dresdner Stadtverordnetenkollegiums und von 1907 bis 1912 Mitglied des Reichstages als Vertreter der nationalliberalen Partei für den Wahlkreis Dresden-Alstadt. Von 1915 bis 1918 gehörte Dr. Heinze auch dem sächsischen Landtage an. Während des Krieges war er längere Zeit in hoher richterlicher Stellung in Polen tätig und wurde im Mai 1916 zur Reform der türkischen Rechtspflege nach Konstantinopel berufen. Im Frühjahr 1918 ernannte ihn der sächsische König zum Nachfolger des plötzlich verstorbenen Justizministers Dr. Nagel. Im Herbst des gleichen Jahres wurde Dr. Heinze mit der Bildung des ersten parlamentarischen Kabinetts in Sachsen betraut. Wie das Kabinett des Prinzen Max im Reich, bestand das erste parlamentarische Kabinett Heinze in Sachsen nur kurze Zeit. Nach der Revolution gründete Dr. Heinze mit Dr. Stresemann zusammen die Deutsche Volkspartei. Als deren Vertreter sandte ihn der Wahlkreis Ostsachsen 1919 in die Nationalversammlung und später in den Reichstag. Den Auftrag zur Regierungsbildung nach den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 lehnte Dr. Heinze ab. Er wurde aber im Kabinett Fehrenbach Justizminister, trat mit diesem zurück und bekleidete dieselbe Stellung wieder im Kabinett Dr. Cuno. In aller Erinnerung ist noch Heinzes



Tätigkeit als Reichskommissar in Sachsen. Im Oktober 1928 waren die Beziehungen zwischen Sachsen, das ganz unter dem Einfluß Zeigeners stand, und dem Reich derartig gespannt geworden, daß sich der damalige Reichskommissar Dr. Stresemann entschloß, durch eine Reichsdelegation in Sachsen Wandel zu schaffen. Als Kommissar wurde der um den sächsischen Staat hochverdiente Dr. Heinze ausgesucht. Er entsetzte das Kabinett Zeigener seines Amtes und ließ eine Neuwahl der sächsischen Regierung vornehmen. Noch bis in die letzten Tage seines Lebens war Dr. Heinze im Auftrage des Auswärtigen Amtes, unter anderem als Vorsitzender des Deutsch-Regenpflücker-Schiedsgerichts, tätig. Trotz seines fortgeschrittenen Alters und seiner angeschlagenen Gesundheit behielt Dr. Heinze bis zuletzt neben seinem Reichstagsmandat das Parteipreminamt des Wahlkreisvorsitzenden der Deutschen Volkspartei Ostsachsen bei, als welcher er durch lange Jahre die regste organisatorische Tätigkeit entwickelte. An den Arbeiten des Reichstags selbst hatte Dr. Heinze bis zuletzt regen Anteil; so vertrat er seine Fraktion noch in den letzten Monaten im Bildungsausschuß des Reichstags, wo er sich mit Entschiedenheit für die Ausräumung der aus dem Keudellischen Schulgelegenheitswurf entstandenen Schwierigkeiten und für die Neuschaffung der evangelischen Schule in Sachsen einsetzte.

Die Nachfolge Dr. Heinzes.

Dr. Heinzes Nachfolger in der Spitzenkandidatur der Deutschen Volkspartei Ostsachsens, ist der bisherige Reichstagsabgeordnete Direktor Dr. Rudolph Schneider, der seit 1924 in enger Gemeinschaft mit Dr. Heinze die Deutsche Volkspartei des Reichstagswahlkreises Ostsachsen im Reichstags vertritt. Auf den zweiten Platz der ostsächsischen Kandidatenliste rückt die langjährige frühere Landtagsabgeordnete Frau Dr. Hertwig-Bünger.

Der Wahlkampf um den Rhein.

Von Horst von Weich.

Der Reichsaußenminister wollte die Außenpolitik aus dem Wahlkampf ausschalten. Sie hat sich aber, zwangs-läufig, eingehoben. Zunächst hat Frankreich so ganz anders gewählt, als die deutsche Linke vorausgesehen hatte. Dann kam Kelloggs Paktvorschlag. Es folgten die sehr vieltragenden Antwortnoten. Daneben machte die akademische Kundgebung in Heidelberg viel von sich reden, und schließlich sah man zwei große Völker im Fernen Osten ohne vorausgegangene Kriegserklärung aufeinander schlagen. Der Völkerbund schweigt. In einigen Wochen wird er vielleicht selbstecht haben, daß er nicht zuständig ist.

Man darf hoffen, daß das nicht ohne Eindruck auf nachdenkliche Wähler bleibt. Wir hatten es überhaupt für ganz unerwünscht, daß die Außenlage so behandelt wird, als ginge sie die Wählermassen gar nichts an. Wenn sie das Primäre in der Wahlagitacion wäre, hätte Deutschland vielleicht nur dreizehn statt dreißig Parteien. Auch diese, noch immer böse Dreizehn wurde denn wahrheitsgemäß weniger in Eigenbrödelerei machen, als das heute bei den zwecklosen Splitterparteien geschieht. Natürlich ist sehr wichtig, ob der Hausbesitzer oder der Mieter das Fensterkreuzen bezahlt. Aber wenn ihnen eine französische Fliegerbombe das Dach einschlägt, sind sie beide geschädigt. Also sollte man doch lieber gegen den Franzosen als gegen den Deutschen stimmen. Die Außenpolitik entlarvt eben, wie wir schon von Bismarck wissen, die Wichtigkeit aller Innenzanks. Erst durch die Außenlage wird ein Volk zur Nation. Darum stehen in Frankreich die außenpolitischen Dinge immer im Vordergrund des Interesses; auch, wenn es sich um die Stabilisierung des Franken handelt.

So galten denn auch die letzten französischen Wahlen vorwiegend der Außenpolitik. Das Wahlergebnis ist eine klare Manifestation des nationalen Willens, alle machtpolitischen Vorurteile des Versailler Diktates unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus beabsichtigt Frankreich, seine Räumungspflicht des linken Rheinuferes zu bestrafen. Der französische Professor Basch hat das soeben hier, in der Reichshauptstadt, unter dem Schutze und Jubel des Reichsbanners bei einer ständelösen Veranstaltung der deutschen Friedensliga erneut bestätigt. So also sieht die Antwort der deutschen Linken auf das französische Wahlergebnis aus! Statt dessen müßte Deutschland den französischen Kammerwahlen eine Wahlkundgebung gegenüberstellen, die ebenso klar, wie das in Frankreich geschehen ist, den festen Volkswillen erkennen läßt, das zerrüttende Versailler Diktat in einen aufbauenden Vertrag umzuwandeln. Das bedeutet nicht Völkerverheugung, sondern nur Verständigung auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Nationale Wahlen bedeuten, daß Deutschland nicht länger wehrlos auf die Schlachtbank geschickt sein will. National wählen heißt einem feindseligen Eindruck vorbeugen. Durch Würdelosigkeiten, wie die oben angedeutete, oder durch innerpolitische Zerfahrenheit werden feindselige Ueberfälle geradezu herausgefordert. Ins Große übertragen ist Deutschlands heutige Lage nicht anders, als die Lage Polens vor seinen Teilungen war! Nationale Mehrheiten schenken auch vor der neuen Illusion, daß Locarno und Genf reale Sicherheit gegen Einbruch und Diebstahl bieten. Nur eine nationale Mehrheit wird den Staat dahin bringen, die Notwehr wenigstens insoweit zu organisieren, daß ein deutsches „Tinaufu“ nicht möglich ist.

Wie lange sollen denn nun eigentlich 65 Millionen Deutsche noch von der Gnade ihrer Nachbarn leben? Daß auch diese Schonung höchst fragwürdig ist, geht u. a. aus dem Buche hervor, das der General Mor d a c q über seine fünfjährige Befehlshaberung am Rhein geschrieben hat. Er schreibt, der deutschen Mentalität gehöre der Fuß auf den Nacken gelegt. Ander sei sie nicht zu bändigen. Aber unter den Sozialisten, so sagt er weiter, gäbe es allerdings viele „wohlhabendere Leute“. Auf sie müsse sich die französische Politik, d. h. also die Vergewaltigung des deutschen Volkes, stützen! Der französische Politiker P a l e o l o g u e erzählt, die sächsischen Arbeiterzentren seien oft eine recht ergiebige Nachrichtenquelle gewesen. Aber der französische Arbeiter sei nicht käuflich. Der Franzose Jacques M o r t a n e berichtet in „La Nouvelle Allemagne“, die gesamte deutsche Arbeiterchaft sei politisch eingestell. Aber an dem patriotischen Heroismus seiner Landsleute in den Fabriken zweifelt er nicht. Ein anderer Franzose, Maurice P e r n o t, schreibt in „L'Allemagne aujourd'hui“, wirtschaftliche Verhängung sei ganz gut und schön, aber skeptisch fügt er hinzu: Aprés cela on verra!

Der Franzose verliert sich eben nie in die internationale Unwirklichkeit. Er kennt unsere nationale Zerfahrenheit und nutzt sie für seine machtpolitischen Zwecke aus. Bei uns geht es um Partei, Klasse und Gott weiß welche Ismen. In Frankreich denkt man nur an das Vaterland, das Volkstum und die Vormacht in Europa, besonders am Rhein. Selbst die wirtschaftliche Verhängung betrachtet der Franzose mit allem Vorbehalt. Das tat auch Bismarck. Er warnte vor dem Bahn, sich die Günst anderer Völker durch „wirtschaftliche Tringelder“ zu erlangen. Aber die deutsche Linkspresse meint, es käme nur darauf an, „in die europäische